Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

April 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-leninistische Monatszeitschrift

Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft

Brutaler Polizeiterror zum Schutze des Druck- und Mordhauses Springer

Alle jene, die bisher meinten, der Gefahr der Refaschisierung der Bundesrepublik mit papiernen Protesten, wehklagenden Artikeln und Appellen an die "demokratische" Gesinnung der Herrschenden begegnen zu können, sollte der feige Mordanschlag auf den Genossen Rudi Dutschke eines Besseren belehrt haben. Konterrevolutionärer Gewalt kann nur mit revolutionärer Gewalt begegnet werden.

Dieser Staat, in dem wir leben, legt nach und nach die Maske ab. Und was dahinter hervortritt, ist die brutale Fratze des Neofaschismus. Da wird nackter, blutiger Terror gegen Studenten, Jungarbeiter und Schüler praktiziert. Die Knüppelgarden der Reaktion proben den Notstand.

Man müsse für Ruhe und Ordnung sorgen? - Für Ruhe und Ordnung im Sinne der Klassenherrschaft des Monopolkapitals, für Ruhe und Ordnung im Geist der KZs.

Als die Schüsse auf Rudi Dutschke fielen und die Studenten auf die Straße gingen, um zu protestieren, als sie die Druck- und Verlagshäuser des Springer-Konzerns belagerten, um die Auslieferung der Pogrom-Presse zu verhindern, war das ihr legitimes Recht. Denn BILD schoss mit!

Lächerlich, den Mordanschlag als die Tat eines halbirren Einzelgängers hinzustellen. Wer hetzt denn seit Jahr und Tag zum Pogrom? Wer hat die Nachfolge des berüchtigten Hetzblattes des Judenhassers Julius Streicher "Der Stürmer" angetreten? BILD! Nur, daß sich die Methoden des psychologischen Kampfes verfeinert haben und daß man "die Juden" durch "Linke, Kommunisten, Radikale, Studenten, Maoisten usw." ersetzte.

Wer kommandierte Westberliner Bürger vors Schöneberger Rathaus, um die Stimmung gegen die fortschrittliche Minderheit der Stadt anzuheizen? Westberlins regierender "Knüppelmeister" Schütz. Wer plante schon vor Wochen anläßlich der Vietnam-Demonstration in Westberlin ein Blutbad und wurde nur durch die Vorsicht eines Gerichtes daran gehindert? Bürgermeister Neubauer.

"Jeder Kommunist muss diese Wahrheit begreifen: 'Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen'".

Mao Tse-tung

Und da spricht man, wenn Schüsse fallen, wenn das, was man säte, aufgeht, von der Tat eines Einzelgängers. War der Mordschütze Kurras, der den Studenten Benno Ohnesorg niederknallte, etwa auch ein Einzelgänger? Oder war es das, was uns da von ehemaligen SS-Führern und bewährten Nazis, im Geiste von Gestern erzogen, als Schutztruppe der Reaktion in großen Teilen der Polizei entgegentritt?

Die Studenten und fortschrittlichen Arbeiter hätten kein Recht, den Springer-Konzern zu belagern, die Auslieferung der Zeitungen zu behindern, Barrikaden zu errichten, die Redaktionen zu stürmen? O ja, sie haben das Recht! Wer schoss denn zuerst? Wer trat, als man sich friedlich zum 'sit in' vor den Ausfahrten der Druckereien niederließ, als Schutz-Staffel des Druck- und Mordhauses Springer auf? Die Polizei! Sie war es doch - bevor es zu Abwehrmaßnahmen durch die Demonstranten kam-, die Knüppel, Wasserwerfer und Tränengas einsetzte. Sie probte den Notstand und ging mit viehischer Brutalität gegen die Menge vor.

Sie schützte das Recht auf Pressefreiheit? Boykott von Presseerzeugnissen sei nicht erlaubt? Irrtum! Das Oberste Gericht der Bundesrepublik entschied in einem rechtskräftigen Urteil (Springer gegen Aust), es sei dem Großen aus poli-

tischen Gründen erlaubt, den Kleinen wirtschaftlich fertig zu machen. Er darf dabei sogar die Existenz der von ihm abhängigen Zeitungshändler bedrohen. Wenn das für die Großen gilt, gilt es auch umgekehrt für die Kleinen.

Wie weit die Springer-Crew zu gehen bereit ist, zeigt sich daran, daß Kraftfahrer dieses Konzerns keine Sekunde zögerten, mit ihren LKWs Menschen über den Haufen zu fahren und lebensgefährlich zu verletzen. So etwas nennt man im Sprachgebrauch: Mordanschlag.

Wenn jetzt die CDU (Bundestagsabgeordneter Haase) zynisch erklärt, der SDS sei selber schuld an der Untat gegen Dutschke, wenn die KG Kiesinger mit "Gegenreaktion aus der Bevölkerung" droht und ihre SPD-Handlanger Beifall klatschen, so wissen wir, mit wem wir es hier zu tun haben. Wenn sie meinen, uns unter veränderten Vorzeichen ein neues 1933 bereiten zu können, so sagen wir ihnen, auch wir haben gelernt! Es wird ihnen kein drittes Mal gelingen, unser Volk auf das Schlachtfeld zu treiben, die Tage ihrer Herrschaft sind gezählt.

Die Studenten und Jungarbeiter, die der Reaktion ein heißes Ostern bereiteten, haben tapfer gekämpft. Sie haben Hunderte Polizisten außer Gefecht gesetzt. Und Dank auch den Genossen, die als wahre Marxisten-Leninisten unter der roten Fahne der Arbeiterbewegung in vorderster Reihe des Kampfes standen. Sie werden verstehen, daß wir infolge unseres beschränkten Platzes nicht über all die erfolgreichen Aktionen in Westberlin, Frankfurt, München, Hamburg, Köln, Stuttgart, Hannover, Essen, Karlsruhe, Mühlhein/Ruhr, Bonn, Eßlingen, Düsseldorf usw. berichten können.

Die Welle des Protestes und Kampfes hat ihren Höhepunkt überschritten und klingt ab. Was war der Erfolg? Die Auslieferung der Springer-Erzeugnisse wurde teilweise verhindert oder beträchtlich verzögert, das revolutionäre Bewußtsein der Jugend gestärkt. Der Umsatz in Verkauf der BILD während dieser Tage ging beträchtlich zurück. Die Menschen beginnen sich zu schämen, dies Dreckblatt (und es ist nicht nur die BILD) in die Hand zu nehmen. Hier müssen wir dran bleiben und den Boykott fortsetzen. Durch geduldige offensive Diskussion müssen wir erreichen, daß kein Mensch die BILD-Zeitung mehr kauft, um nicht als "BILD-Trottel" zu gelten. Kein Kiosk darf mehr Springer-Erzeugnisse bestellen, um nicht selbst boykottiert zu werden.

Das allerwichtigste aber bleibt nach wie vor, durch verstärkte Agitation in den Betrieben die Massen im marxistisch-leninistischen Sinne zu schulen. Denn ohne das Bündnis der Arbeiter, Bauern mit der fortschrittlichen Intelligenz wird es nicht möglich sein, die reaktionäre Klassenherrschaft des Monopolkapitals zu stürzen und an seiner Stelle ein einiges, sozialistisches Deutschland, unter der Klassenherrschaft des Proletariats zu errichten.

Ernst Aust

"Alle Reaktionäre sind Papiertiger. Dem Aussehen nach sind sie furchterregend, aber in Wirklichkeit sind sie nicht gar so mächtig. Auf lange Sicht haben nicht die Reaktionäre, sondern hat das Volk eine wirklich große Macht."

Mao Tse-tung

\+ + +

Liebe Leser,

in unserer März-Ausgabe schrieben wir, daß die jetzige Aprilnummer als Sonderausgabe erscheinen solle, in der wir uns grundsätzlich mit dem Programmentwurf der KPD auseinandersetzen. Inzwischen sind jedoch in der Redaktion so viele Vorschläge, Meinungen und Zuschriften zu diesem Programmentwurf eingegangen, daß wir uns gezwungen sehen, um der Sache Hand und Fuß zu geben, um die Erwiderung und vor allem unsere eigenen Vorstellungen zur Lage in Westdeutschland und den Weg, den die deutsche Arbeiterklasse gehen muß, noch gründlicher auszuarbeiten, die Sonderausgabe zu verschieben. Das heißt, daß diese Arbeit, die programmatische Erklärung der Marxisten-Leninisten erst im Juni bzw. Juli erscheinen wird.

Auf diesem Wege möchten wir auch allen Genossen danken, die uns bereits durch Geldspenden, durch Briefmarken, durch Papierzusendungen usw. unterstützt haben und unterstützen, um diese Sonderausgabe herausbringen zu können.

\+ + +

<u>Letzte Meldung</u>: Ständig steigen die Verluste der US-Aggressoren und ihrer Verbündeten in Vietnam. Besonders machen ihnen modernste Waffen, wie ein 60-Millimeter-Rohrrücklauf-Granatwerfer und Raketen, von der Volksrepublik China geliefert, zu schaffen. Die Verluste der USA sind heute schon höher als im Korea-Krieg.

SOZIALE SYMMETRIE:
Ein einziger Beschiss

Wie berichtet, lag die durchschnittliche Arbeitsproduktivität im Dezember 1967 um zehn Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand. Anders ausgedrückt: im Dezember 1966 verzeichnete die westdeutsche Industrie einen Monatsumsatz von 32,8 Md. Mark. Ein Jahr später, im Dezember 1967, wurde jedoch ein Umsatz von rund 36 Md. Mark erzielt. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Beschäftigten von 8,2 auf 7,7 Mill. Arbeiter. Daher hatten die Unternehmer um 1,5-2 % weniger Lohnauszahlungen zu leisten. Ihnen entstanden zusätzliche Profite in Höhe von 15-30 %. Im gleichen Zeitraum stiegen die Löhne nur um durchschnittlich 2,6 %, wovon etwa 2 % durch Preiserhöhungen "aufgefangen" wurden.

Die Profite der Industrieherren werden mit Sicherheit noch weiter steigen. Die Industrieaufträge insgesamt lagen im Januar 1968 um 13,8 % über dem entsprechenden Vorjahresstand. Dabei erhöhte sich das Volumen der Auslandsaufträge um 15,4%, der Inlandsaufträge hingegen nur um 13,6%. Allgemein sind die Unternehmer der Ansicht, daß sich die Umsatzzunahme, verglichen mit der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Industrie, "noch in allzu engen Grenzen" bewegt. Als Haupthindernis wird die zögernde Nachfrage der inländischen Verbraucher angesehen, die wiederum auf die "nachhinkende" Lohnentwicklung zurückzuführen ist.

Laut dpa gab die Bundesregierung am 26. Januar folgende Prognose für das Jahr 1968: Steigerung des Bruttosozialproduktes um 6 %, der Preise um 2,5 %, der Löhne um 4-5 %. Bundeswirtschaftsminister Schiller bestätigte Anfang März diese Einschätzung. Man kann annehmen, daß die avisierten 4-5 % Lohnerhöhung zumindest von den einflußreichsten Vertretern des Großkapitals bereits gebilligt wurden. Objektiv liegt eine Lohnerhöhung dieses beschränkten Ausmasses absolut im Interesse der Industrieherren: "weil die Industrie selbst zum Wohle ihres Absatzes an einer Steigerung der Kaufkraft interessiert sein muß. Denn alle staatlich verordneten Investitionsspritzen werden wirkungslos verpuffen, wenn der Konsument als der Endnachfrager nicht in die Lage versetzt wird, mehr zu kaufen." (Frankfurter Rundschau, 1. März 1968).

Gleichzeitig muß damit gerechnet werden, daß die Lebenshaltungskosten bis Ende 1968 um insgesamt rund 3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein werden. Demnach betrüge die Anhebung der Effektivverdienste bei Anwendung der Schillerschen "Lohnleitlinien" ganze 1-2 %. Berechnet man nun die Steigerung des Bruttosozialproduktes im Jahre 1968 mit 4,5-6 %, so folgt, daß sich der Arbeitnehmeranteil am Volksvermögen ganz erheblich verringern wird.

Den Gewerkschaftsführern fällt die Aufgabe zu, jene im Interesse des Kapitals notwendige Lohnsteigerung um 4-5 % (und keinen Pfennig mehr, um Himmels willen!) mit viel Hallo zu "erkämpfen". Indem jetzt einzelne Unternehmer scheinbar Lohnerhöhungen ablehnen, die Gewerkschaften hingegen 6-8 % mehr Lohn fordern, wird zunächst ein Hauch von "Auseinandersetzung" verbreitet. "Beide Seiten" werden dann ihre "Zugeständnisse" machen, und schließlich wird man sich auf jene 4-5 % "einigen", die in den "Lohnleitlinien" der Bundesregierung festgelegt sind.

Beispiele gibt es schon einige: Tarifvertrag für die Chemische Industrie Nordrheins Anfang April, Tarifvereinbarung für das Bauhauptgewerbe vom 7. März, Rahmenvertrag der ÖTV für den Bereich der westdeutschen Seehäfen, Tarifvertrag für die Beschäftigten der Metallindustrie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz usw. Die als "radikal" verschrieene IG Metall hat am 8. April in der zentralen Tarifverhandlung ganze 7 % Lohnerhöhung gefordert - auch dieses Abkommen dürfte im Rahmen der "Lohnleitlinien" bleiben.

Und das wird so weitergehen! Eine solche Entwicklung läßt sich allerdings nicht damit kontern, daß man "Ermahnungen" an die Gewerkschaftsführer ergehen läßt, sie möchten doch bitte die Interessen der Arbeiter etwas stärker berücksichtigen. Haargenau das jedoch haben die Revisionisten getan, und fahren noch fort, es zu tun. Tatsächlich agitieren sie so taktvoll und zurückhaltend, als gelte es, einen sehr guten Freund möglichst behutsam auf seinen Mundgeruch aufmerksam zu machen. Daß nur ja der Arbeiter nicht erkennt, wie sehr ihn "seine" Gewerkschaft verschaukelt! Daß er nur ja nicht erkennt, daß die Kette "unvorteilhafter" Tarifabkommen Ausdruck einer ganz bestimmten Politik "seiner" Gewerkschaften ist!

Letzten Endes geht es sogar um die Frage, ob man darauf verzichten will, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß sie bei "konzertierter Aktion" und "sozialer Symmetrie" immer die Dummen sind ...

Renegaten aller Länder, vereinigt euch !!!

Ende März gaben sie es bekannt: SPD und KPI führen seit vier Monaten einen "Dialog". Wie SPD-Sprecher Sommer bekanntgab, waren sowohl die Bundesregierung (die in der BRD diesen "Dialog" nur vom Staatsanwalt führen läßt) wie auch die führende Gruppe der KPdSU ständig auf dem laufenden gehalten worden.

Uber den Sinn des "Dialogs" lassen die offiziellen Darstellungen der Beteiligten kaum Zweifel. Der KPI, die liebend gern mit den "Links"katholiken koalieren möchte, war in erster Linie daran gelegen, sich von "seriösen" deutschen Arbeiterverrätern das eigene Renegatentum bestätigen zu lassen. Gleichzeitig sollte auf Wunsch des "fortschrittlichen" Flügels der KPI eine Distanzierung von der SED erfolgen. Die KPI, so wurde erklärt, sei "nicht mehr bereit, ihr Deutschlandbild einseitig vom Stalinisten Ulbricht bestimmen zu lassen". Umgekehrt möchte die SPD durch Gespräche mit "richtigen Kommunisten" beschwichtigend auf ihren linken Flügel wirken. In der Hauptsache jedoch sollte die KPI für die "neue Ostpolitik" der Bundesregierung begeistert werden.

Wie nicht anders zu erwarten, waren die Renegaten sehr nett zueinander und bescheinigten sich gegenseitig prompt das Gewünschte. Die Sprecher der SPD lobten die "maßvolle", "erfrischend undogmatische" Politik der KPI und erklärten, die KPI habe "erkannt, daß ihre bisherige Politik falsch war". Nach Auffassung der SPD (und wer wäre kompetenter!) sei die KPI "reif" für eine Koalition mit der democrazia cristiana. Die KPI revanchierte sich mit einen Artikel in ihrer Wochenzeitschrift "Rinascita". In diesem wurde der Nürnberger Parteitag der SPD als ein "Kongress des Übergangs" stürmisch gefeiert. Man habe "viele positive Punkte" entdeckt. Die Rede Willy Brandts vorm Parteitag könne "Grundlagen für ein Gespräch über die Aussichten der europäischen Politik bieten".

Eine Hand wäscht die andere. Der "Dialog" zwischen SPD und KPI soll fortgesetzt werden.

Ein Haufen "Fragen an den ROTEN MORGEN"

Mehr als dreiviertel der Märznummer seines "Informationsbriefes" widmet der Initiativausschuß zur Gründung einer Sozialistischen Partei (nicht identisch mit dem I.A. für die Wiederzulassung der KPD) unserem ROTEN MORGEN. Zwischen Verbalinjurien und unsachlichen Ausfällen hübsch verpackt, wird uns eine Reihe "konkreter Fragen" offeriert. Insgesamt 29-30, wenn wir richtig gezählt haben. Wir werden keine geschlossene Antwort abfassen. Zu einigen der "Fragen" haben wir uns schon geäußert, andere werden wir gelegentlich aufgreifen. Einige der "Fragen" sind leider so saublöd, daß sich jede Diskussion erübrigt.

Da jedoch die meisten Leser des ROTEN MORGEN nicht auch zugleich den "Informationsbrief" beziehen, möchten wir im Folgenden ganz kurz den Gedankengang des erwähnten Artikels skizzieren:

1. Auf Grund ihrer "ökonomischen und sozialen Rückständigkeit" neigen "die Chinesen" zu "nationaler Engstirnigkeit" und "Selbstsucht". Sie wollen alle ausländischen Genossen "ihrer eigenen Staatsraison und Machtpolitik unterordnen". Eigens zu diesem bösen Zweck wurde die "propagandistisch-gängige Formel" vom "Revisionismus" erfunden. Unter diesem Deckmantel führen "die Chinesen" eine rein machtpolitische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion.

2. Der Vorwurf des "Revisionismus" ist weitgehend unberechtigt. Der Kapitalismus wird in der Sowjetunion nicht restauriert. Die Nachfolger Stalins haben dessen Außenpolitik "konsequent fortgesetzt". Zwischen der sowjetischen und der chinesischen Außenpolitik besteht kein grundsätzlicher Unterschied.

3. Die Genossen des ROTEN MORGEN sind blöd genug, "den Chinesen" auf den Leim zu gehen. "Aust und seine Genossen zetern wie die Chinesen". Es wurde "eine Zerstörung ihrer politischen Vernunft bewirkt". Sie sind darauf versessen, "bedingungslos die Politik der Chinesen zu vertreten". Sie sind "politische Narren", die nicht begreifen wollen, daß "der Maoismus" "wenig oder gar keine Bedeutung für die Probleme höher entwickelter Gesellschaften" hat. Übrigens wollen sie auch "den Kult um Stalin wiederbeleben".

All das könnte man zur Not auch in der BILD-Zeitung nachlesen. Wer sich dennoch bemüssigt fühlt, den "Informationsbrief" für DM -,50 monatlich zu bestellen, kann schreiben an:

S. Markowski 507 Bergisch Gladbach

Dornröschenpfad 3

THAILAND

Eine Bilanz der Ereignisse seit August 1965 zog Anfang März Radio "Volksstimme Thailands". Danach fanden seither mindestens 750 Gefechte statt, davon allein 400 im vergangenen Jahr. Insgesamt über 1650 Gegner wurden außer Gefecht gesetzt. Mit Hilfe der Bevölkerung konnten 300 Regierungsbeamte und feindliche Agenten liquidiert werden.

In 150 Ortschaften noch nicht befreiter Gebiete drangen Volksstreitkräfte ein und hielten meetings mit der Bevölkerung ab. Gegenwärtig operieren Guerilla-Einheiten in 29 der 71 Provinzen Thailands.

Der Ausweitung des Aufstandes entsprechend haben die USA ihre Unterstützung der Thanom-Marionettenregierung weiter gesteigert. 1968 werden sie 1 Md. Mark für strategische Fernstraßen, Militärhäfen und Flugplätze bereitstellen. Ein "Sonderposten" von weiteren 240 Mill. Mark dient ausschließlich zur Unterdrükkung der Rebellion in Nordostthailand. Die jährliche "Militärhilfe" wurde in diesem Jahr von 160 auf 300 Mill. Mark erhöht. Darüber hinaus sind - wie die "Frankfurter Rundschau" meldete - im vorigen Jahr von der angeblich "nichtmilitärischen" Hilfe in Höhe von 172 Mill. Mark etwa 80 % der konterrevolutionären Aktivität zugute gekommen: Bau von Konzentrationslagern und "Wehrdörfern", Propaganda, Aufstellung einer halbmilitärischen "Jugendbrigade", Entsendung von "Ärzten", "Helfern" und "Missionaren" in die Kampfgebiete usw.

Thailand wird von den US-Imperialisten zielstrebig zum "Flugzeugträger", zum vorgeschobenen Stützpunkt gegen Vietnam und China ausgebaut. Gegenwärtig befinden sich über 43 000 US-Soldaten in Thailand, von denen 33 000 der Luftwaffe angehören. Von den sechs US-Luftwaffenstützpunkten in Thailand aus, werden bis zu 80 % der Luftangriffe gegen Nordvietnam geflogen. Außerdem sind amerikanische (und deutsche?) Piloten seit 1967 im Einsatz gegen befreite Gebiete Thailands. US-Soldaten nehmen als "Ausbilder" an "Säuberungsaktionen" teil.

GEGEN KAPITALISTISCHE AUSBEUTUNG -
GEGEN KOLONIALE UNTERDRÜCKUNG !!!

Am 24. März wurde in Nuoro die REVOLUTIONÄRE FRONT SARDINIENS (FRS) gegründet. Delegierte aus allen Teilen Sardiniens sowie mehrere hundert Arbeiter und Bauern aus Nuoro und Umgebung nahmen am Gründungskongress teil. Die FRS wies darauf hin, daß Sardinien, ebenso wie Sizilien und Süditalien, in einem Zustand pernamenter Unterentwicklung und kolonialer Abhängigkeit gehalten wird. Diese kaum industrialisierten Gebiete Italiens, aus denen alljährlich zehntausende abwandern müssen, bieten die "Menschenreserven", die es den italienischen Kapitalisten erlauben, die Löhne im industrialisierten Norden niedrig zu halten.

In der "Politischen Plattform" der FRS wurden folgende Grundsätze festgelegt:

1) sich auf die Arbeiter und alle anderen Unterdrückten Sardiniens, Bauern, Handwerker, Hirten, Arbeitslose, Unterbeschäftigte, Schüler und Studenten, zu stützen.

2) hinzuarbeiten auf das Bündnis mit den Arbeitern und Bauern ganz Italiens, die gegen den gemeinsamen Feind, den italienischen Kapitalismus, kämpfen.

3) nur von den Unterdrückten selbst die Lösung ihrer Probleme zu erwarten.

4) den kleinbürgerlichen Separatismus zu entlarven, der den Klassenkampf verdecken will.

5) alle reformistischen Illusionen restlos zu zerstören.

6) den Kampf aufzubauen nicht auf Wahlergebnissen, sondern auf den Schlägen, die die Unterdrückten selbst dem Kapitalismus und seinen Herrschaftsapparaten versetzen.

Die FRS wird vom Partito Comunista d'Italia unterstützt.

Kurze Meldungen:

Bei Betriebsratswahlen erhielten Mitglieder der Marxistisch-Leninistischen Partei Frankreichs zwei Sitze.

\+ + +

Das "provisorische Komitee" einer Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Bewegung konstituierte sich in der Republik San Marino. Ziel: Gründung einer revolutionären Kommunistischen Partei in San Marino.

\+ + +

In Crotone (Kalabrien) ist die örtliche Gruppe der KPI zum Partito Comunista d'Italia (m.l.) übergetreten. In der Provinz Apulien organisierten revolutionäre Kommunisten Streiks und Kundgebungen. Um dem Kampf der Arbeiter und Bauern Apuliens einen kleinbürgerlich-

reformistischen Anstrich zu geben und ihn abzuschwächen, ließ die KPI mehr als 700 Rentner und Invaliden aus allen Teilen Italiens nach Apulien schaffen. In Pisa (Toskana) erlebten die Reformisten eine Pleite, als sie versuchten, die Studentenbewegung zu manipulieren. Knapp 100 Menschen folgten dem Aufruf der KPI zu einer "Protestkundgebung" vorm Rathaus. Gleichzeitig zogen mehr als 2000 Studenten zum Stadtgefängnis und forderten die Freilassung zweier Kommilitonen.

ANSTELLE EINES NACHRUFS

Am späten Nachmittag des 4. April wurde Dr. Martin Luther King auf dem Balkon seines Hotels in Memphis (Tennessee) erschossen.

Wir denken nicht daran, den Toten hier als"Vertreter des anderen Amerika" (wie Revisionistenblättchen in Westdeutschland) zu beklagen. Wir glauben auch nicht, daß die Ermordung Kings einen "tragischen Verlust für die gesamte Menschheit" (Kommentar des Deutschlandsenders) bedeutet. Für die "weißen" Herren der USA ist der Tod dieses beliebten und geachteten Mannes viel schmerzlicher als für die amerikanischen Neger. Als Vertreter des idiotischen "non-violence"-Prinzips war King, solange er lebte, nützlicher als 6000 Fallschirmjäger mit Vietnamerfahrung. Aber wer soll, dem Himmel sei's geklagt, jetzt diese Rolle übernehmen?

Johnson hat fast unmittelbar nach dem Mord von Memphis ein halbes Dutzend Verräter und "Bürgerrechtsführer" zusammengetrommelt, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Coretta King, die Frau des Ermordeten, wurde rücksichtslos durch die Aufnahmestudios gezerrt, um über Rundfunk und Fernsehen rührseligen Blödsinn zu verbreiten. Populäre Stars wie Sammy Davis jr. und Harry Belafonte, riefen die Negerbevölkerung zur "Besonnenheit" auf.

Umsonst! Die Ermordung Kings wurde zum Fanal der Rebellion im ganzen Land. Von Boston bis San Francisco, von Chikago bis Miami erhoben sich die amerikanischen Neger. Der Aufruhr breitete sich aus wie ein Flächenbrand: "Ein einziger Funke kann die Steppe in Brand setzen". 20 größere Städte waren es in der ersten Nacht, 42 in der zweiten. Am vierten Tag mehr als 60 Städte. Allein in der ersten Woche kam es, offiziellen Angaben zufolge, in mindestens 140 Städten und Ortschaften zu "Krawallen".

Massiert wie noch nie zuvor, wurde die imperialistische Militärmaschine gegen die Bevölkerung der USA selbst eingesetzt. 12 500 Fallschirmjäger besetzten Washington. 9000 Soldaten wurden nach Baltimore und Chikago entsandt. Zehn Bundesstaaten setzten die "Nationalgarde" ein, insgesamt über 45 000 Mann. In einem runden Dutzend größerer Städte wurde allein im Verlauf der ersten Woche der Notstand verhängt. Innerhalb von nur fünf Tagen wurden mindestens 40 Menschen getötet, 2100 erheblich verletzt, 13 500 festgenommen. Unter ihnen auch viele "Weiße", die zusammen mit ihren schwarzen Klassenbrüdern "geplündert" hatten. Nichts kennzeichnet besser die verzweifelte Situation breiter Kreise der amerikanischen Bevölkerung.

Noch nie zuvor waren soviele Städte zu gleicher Zeit vom Aufruhr erfaßt. Und der "heiße Sommer" hat noch nicht einmal begonnen. Die Ereignisse nach dem Mord von Memphis haben sicherlich nur einen bescheidenen Vorgeschmack dessen geboten, was den Herren der USA in diesem Jahr bevorsteht. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet ein von Faschisten gemieteter 8-Groschen-Junge den Mann erschoß, der bisher immer noch "das Schlimmste" verhütet hat.

me.

GÄSTE BEI FAMILIE SCHAH

Möglicherweise noch in diesem Jahr will K.G. Kiesinger die persische Hauptstadt Teheran besuchen und dem "Wohltäter des Iran", Schah Reza Pahlevi, seine Aufwartung machen.

Ein anderer ist ihm jedoch zuvorgekommen. Nachdem der Iran seit 1964 bereits Waffen (!) für 440 Mill. Mark und 1,2 Md. Mark "Wirtschaftshilfe" aus Moskau erhielt, traf Ende März Ministerpräsident Kossygin selbst zu Füßen des Pfauenthrones ein.

Nach Ansicht des Weltverbandes Iranischer Studenten dient der Besuch Kossygins in Teheran dazu, "die Weltöffentlichkeit über die wirklichen Zustände im Iran zu täuschen". In einen Protestbrief an Kossygin erklären die Studenten:

"Sie werden in ein Land reisen, in dem Tausende von Patrioten, Demokraten und Sozialisten in Gefängnissen sitzen. Sie werden Hände schütteln, die das iranische Volk ausbeuten und gewaltsam unterdrükken.

Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.

Mao Tse-tung

Professor Mehnert, westdeutscher "Ostexperte", hat es freudig im Fernsehen verkündet, sie geht den Weg des Sozialdemokratismus. Lenin, so fügte er hinzu, würde er noch leben, wäre entsetzt über den Weg der tschechoslowakischen Genossen. - Man könnte auch sagen, sie geht den jugoslawischen Weg des Verrats am Sozialismus.

Dabei waren die Dinge vorauszusehen gewesen. Schon lange hatte sich in der CSSR die anfängliche Diktatur des Proletariats, unter der Führung des Genossen Clement Gottwald, in die Diktatur einer privilegierten Schicht von Bürokraten, Technokraten und Parteifunktionären gegen das Proletariat verwandelt. Sie führten ein Wohlleben auf Kosten des Volkes, fuhren westliche Luxus-Limousinen wie der in den Westen geflüchtete Generalmajor und Mercedes-Fahrer Sejna, gingen wie westdeutsche Kapitalisten in Böhmen, Mähren und in der Hohen Tatra auf Bären- und Mufflonjagd, kauften in Luxusläden, wurden - wenn sie krank waren - in Sonderkliniken behandelt, hielten sich Dienstmädchen, - kurz, taten all das, was die revisionistischen Cliquen in anderen Ländern auch zu tun pflegen.

In der Wirtschaft des Landes blühten Korruption und Verbrechen. Bei der Renovierung Prags verlangten die Betriebe "Armabeton", "Konstruktiva" und andere 117 063 Kronen mehr, als ihnen zustand. Der Betrieb "Technoplyn", Prag, verlangte von seinen Kunden für den Transport technischer Gase nicht nur Fracht- und Lagerzuschläge, sondern sicherheitshalber noch einmal Transportkosten. In einem anderen Fall verdiente ein Betrieb durch "falsche Fakturierung" an Mähdreschern 1,8 Mill. Kronen zusätzlich. Die Konfektionsbetriebe Prostejov und Trencin heimsten durch Preiserhöhung von Material und Zubehör sowie falsche Umrechnungsindexe gleich 39 Mill. ein. Den Vogel schoß aber die Prager Fleischindustrie ab. Dieses Großunternehmen bestahl die Werktätigen 1966 und 1967 durch Rohstoffaustausch, Versetzung der Fleischwaren mit Wasser, Mehl und dergleichen, um nicht weniger als 66,5 Mill. Kronen.

Verständlich, daß dieses "Vorbild" der Wirtschaftsfunktionäre nicht ohne Einfluß auf die Massen bleiben konnte. So stieg die Zahl der Verbrechen, die in den Jahren 1962-64 noch bei rund 61 000 jährlich gelegen hatte, bis 1966 auf 110 000 jährlich. Besonders wurde das Berufsverbrechertum zu einem Problem.

Parallel zu dieser Entwicklung schritt die Entideologiesierung voran. Aus einer Meinungsumfrage, bei der Anfang letzten Jahren 7 500 Personen befragt wurden, ging, wie die "Bratislaver Prawda" berichtete, hervor: Nur etwa die Hälfte der Befragten mißt "imperialistischen Kreisen" die Schuld für die internationalen Spannungen zu, mehr als 28 Prozent macht "beide Seiten" verantwortlich. Nur 41 Prozent geben den USA die Schuld am Vietnam-Krieg und nahezu die Hälfte antwortete auf die Frage was der wichtigste Beitrag der CSSR zur Erhaltung des Friedens sei: "Die Erhöhung des Lebensstandards in der CSSR"

Verständlich, daß man angesichts dieser Einstellung in vielen Studentenbuden statt Bildern marxistischer Klassiker das Porträt des US-Präsidenten Kennedy findet, daß für viele Jugendliche Westdeutschland und die USA das Vorbild sind, daß ihr einziges Ideal darin besteht, ein Auto zu haben. Verständlich, daß auf diesem ideologischen Mistbeet das gedeihen konnte, was jetzt in der CSSR hervorgeht.

Da nützte es dem inzwischen abgehalfterten Staatspräsidenten und Parteichef Novotny auch nichts mehr, daß er in seiner Neujahrsansprache einräumte, daß die Durchführung der sogenannten Wirtschaftsreform in der CSSR ohne Anwendung gewisser "aus kapitalistischen Ländern stammender" Methoden nicht möglich sei. Währenddessen weilten die, die ihn ablösen sollten, wie der Diplomvolkswirt Dr. Milan Horalek, schon lange in Westdeutschland, um an Ort und Stelle - zum Beispiel bei den Höschwerken in Dortmund - das "kapitalistische System" zu studieren. Sein Programm: Sozialistische Marktwirtschaft.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Den neuen Herren ging die restaurative Entwicklung zum Kapitalismus, wie sie in allen revisionistischen Staaten mehr oder minder schnell verwirklicht wird, nicht schnell genug. Horalek, der Mitarbeiter von Professor Dr. Otto Sick, Mitglied des ZK und Direktor des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften ist, in einem Interview mit Springers "Bild am Sonntag": "Der Kommunismus hat die Marktwirtschaft unterdrückt. Ich bin sicher, daß wir nicht das einzige Land im Ostblock bleiben werden, das sich nach der

neuen Marktordnung richtet. Ungarn folgt unserem Beispiel".

In Zukunft soll sich die Wirtschaft der CSSR nach Angebot und Nachfrage richten. (Marktorientierte Preise, materieller Anreiz). Es wird nach Profit gewirtschaftet werden. Gleichzeitig soll der private Sektor der Wirtschaft gefördert und ausgebaut werden. Das jugoslawische Beispiel gilt als Vorbild. Und schon heute können sich die tschechischen Arbeiter ausrechnen, wann sie im Zuge der Rationalisierung entlassen werden und wie ihre jugoslawischen Kollegen als Fremdarbeiter nach Westdeutschland gehen können, um hier ausgebeutet zu werden. Denn reisen dürfen sie. Forstminister Josef Smrkovsky hat es im Fernsehen gesagt: "Wir werden uns stark machen für das Recht, frei zu reisen. Damit meine ich auch Reisen in den Westen. Es fahren doch viele Leute aus dem Westen zu uns. Und es sollen noch mehr kommen. Auch von uns sollen soviele wie möglich in den Westen fahren. Wir sind doch Nachbarn."

Ja Nachbarn, Brüder, Gesinnungsgenossen, nicht nur in geogrphischer Hinsicht, sondern auch auf wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet. Das ist das Ziel, dem man vorerst noch ein sozialistisches Mäntelchen umhängt. Darum braucht sich auch niemand zu wundern, wenn bürgerliche Politiker wie der vor 20 Jahren verstorbene Jan Masaryk offiziell geehrt und von Zeitschriften wie "Reporter" der tschechischen Jugend für die Gegenwart als Vorbild hingestellt werden. Wenn kurzfristig bereits vorbereitete Protestdemonstrationen gegen den Vietnam-Krieg abgesagt und dafür Ergebenheitsadressen an Parteichef Dubcek gesandt werden. Wenn die alten Parteien wie die "Sozialistische Partei" und die "Volkspartei" wieder Forderungen anmelden und für sich die Rolle des "schöpferischen Partners" verlangen. Wenn in Zeitungen öffentlich gefordert wird: "Freie (sprich bürgerliche) Wahlen, ein funktionierendes Parlament mit einer Opposition (sprich bürgerlicher Parlamentarismus), aktive Neutralität, Förderalisierung eines unabhängigen Staates, Sozialismus unseres Typs" usw. Oder wenn Professor Eduard Goldstükker, Prorektor der Karls-Universität, fordert, die Diktatur des Proletariats abzuschaffen und zu einem System der Freiheit zurückzukehren.

Freiheit für wen, muss man hier fragen. Freiheit für die tschechoslowakischen Arbeiter und Bauern, die an den jetzigen Veränderungen in der CSSR kaum einen Anteil haben und voller Sorge in die Zukunft schauen? Nein, für sie wird es unter den neuen Revisionisten keine Freiheit geben, so wenig, wie es sie unter der Novotny-Herrschaft gab. Wenn hier von Freiheit die Rede ist, beispielsweise der so viel zitierten Pressefreiheit, die wiederhergestellt sei, so ist damit nur gemeint, daß diejenigen, die die Rückkehr zum Kapitalismus predigen, volle Freiheit haben, ihre Ansicht zu äußern, während diese Freiheit für echte Marxisten-Leninisten nicht gilt.

"Man muß äußerst wachsam gegenüber Karrieristen und Verschwörern wie Chruschtschow sein und verhüten, daß Halunken dieser Art auf verschiedenen Ebenen die Führung in Partei und Staat an sich reissen."

Mao Tse-tung

Dieser konterrevolutionäre Putsch in der CSSR (selbst im Parteiorgan "Rudé Pravo" stand zu lesen, daß die marxistisch-leninistische Ideologie für das moderne Zeitalter nicht mehr zu gebrauchen sei) wurde natürlich im Westen freudig begrüßt. Doch auch die italienische KP sowie die Tito-Clique - der man zuvor auf dem Budapester Konsultativtreffen Schützenhilfe gleistet hatte - und die KP Ungarns, wünschten den neuen Machthabern in Prag Glück. Nicht begrüßt wurde die neue Entwicklung bei den revisionistischen Nachbarn der CSSR, vor allem den Machthabern in Ostberlin, die bei einer ähnlichen Entwicklung in der DDR um ihre Positionen fürchten. Die Gegenreaktion aus Prag: Man spricht im Fernsehen von "Ostdeutschland" und kündigt eine Intensivierung der Beziehungen zur "Bundesrepublik" an.

Man sieht, der Verrat am Marxismus-Leninismus, von den Chruschtschow-Revisionisten eingeleitet, schreitet rüstig voran. Doch gleichzeitig wächst auch der Widerstand der Marxisten-Leninisten gegen den Verrat am Erbe Marx, Engels, Lenins und Stalins. Sie haben noch einen schweren Kampf vor sich. Doch gestützt auf die Lehre Mao Tse-tungs, sich aufrichtend an den Beispielen Chinas und Albaniens, werden sie auch in ihren Ländern früher oder später die zweite proletarische Revolution durchführen und alle Renegaten und Revisionisten zum Teufel jagen.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich. Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM. (Einschließlich Porto). Postscheckkonto: Hamburg Nr. 262767

Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront unerwünscht

In Köln wurde am 6. April eine "Mahnwache" des IdK gegen den Krieg in Vietnam durchgeführt. Wie man normalerweise glauben dürfte, wendet sich jeder Protest gegen den Krieg der USA in Vietnam und nicht gegen den Widerstand der südvietnamesischen Bevölkerung gegen die US-Aggression. So sollte man jedenfalls glauben. Es gibt aber tatsächlich Leute, die meinen, daß "beide Seiten die Schuld haben". Zumindest war das die Meinung der Veranstalter dieses sog. "Protestes"

Einer unserer Genossen kam auf den Kölner Rudolfplatz, wo diese Sache durchgeführt wurde, mit der Fahne der südvietnamesischen Befreiungsfront. Er wollte die Fahne an einen Zaun befestigen. Er hatte aber noch nicht ganz begonnen, da kam ein Herr von K 14 und wollte dies verhindern. Er fragte nach der Erlaubnis, und als ihm gesagt wurde, daß ihn das nichts anginge, kamen die Veranstalter und wurden rabiat. Sie verlangten die sofortige Entfernung dieser Fahne, ansonsten wolle man die Polizei holen! Einer machte sich sogar auf den Weg, aber andere sahen ein, daß dies das Dümmste wäre, was sie tun könnten, denn man würde sich ja damit ins Unrecht setzen. Die Polizei wurde also nicht geholt. Dafür wurde unser Genosse in eine Diskussion verwickelt, in der man ihm klipp und klar erklärte, daß die IdK für die "Beendigung" des Krieges sei und nicht für den "Vietcong". Man vertrat die Meinung, daß der "Vietcong" schuld am Kriege sei, und daß beide Seiten aufhören sollten zu kämpfen. Als unser Genosse sich die Bemerkung erlaubte, daß ja die Vietnamesen in ihrer Heimat für ihre Freiheit kämpften, während die USA dort nichts verloren hätten und die Aggressoren seien, die Antwort darauf: Der ist doof, der soll in die "Ostzone" gehen .

Einer hielt sich sogar für einen "Kommunisten" und "Marxisten". Er betonte aber, daß er gegen den Kommunismus in der heutigen Form sei, nur Jugoslawien könne man als Beispiel anführen, wie man es machen solle. Er betete Trotzki an und hielt diesen für den wahren Revolutionär. Er brachte Beispiele des Mordes an angeblich 20 Millionen Ukrainer und ähnliches wirres Zeug. Unser Genosse entgegnete, daß diese Meldungen von Goebbels aufgebracht wurden, um die Verbrechen der deutschen Faschisten zu verschleiern. Wenn dies wirklich wahr wäre, dann gäbe es ja keine Ukrainer mehr. Nun, dieser Herr verwechselte die Opfer der Faschisten in Auschwitz und anderen KZ's mit angeblichen Opfern des "stalinschen Terrors".

Alles in allem kann man aus dieser "Mahnwache" des IdK das Facit ziehen: Es handelt sich hier um Wirrköpfe, die voll sind mit antikommunistischer-bürgerlicher Ideologie. Es sind Kleinbürger, die keinen Klassenstandpunkt haben. Durch ihr Verhalten in bezug auf die Fahne der FNL, die diese Herren genau wie Johnson und seine Komplicen "Vietcong" nennen, beweisen sie, daß sie objektiv auf seiten der Amibanditen stehen und nicht auf seiten des Volkes. Diese Herren Pazifisten helfen durch ihr Verhalten den Aggressoren, auch wenn viele es ehrlich meinen. Doch dieser Standpunkt ist der Standpunkt von Leuten, die sich nicht engagieren und es mit niemand verderben wollen, auch mit den Volksfeinden nicht, denn diese könnten es dem IdK ja übelnehmen.

G.A.

Alle Jahre wieder:

Aber, aber - wollt ihr wohl nicht

Als vor kurzem, am 4. März dieses Jahres, die Ausschüsse des Bundestages und etliche Minister sich wieder einmal zum Westberliner Stelldichein zusammenfanden, gab es seitens der sowjetischen Revisionisten und ihrer Ostberliner Gefolgsleute die üblichen Proteste, das übliche "aber, aber - wollt ihr wohl nicht ..."

Die westdeutschen Imperialisten wußten, was sie von solch einem Gezeter zu halten haben und kümmerten sich einen Dreck darum. Spätestens seit dem Jahre 1961, als die Chruschtschow-Clique in einem sogenannten "Deutschland-Memorandum" am 11. Juni großsprecherisch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland - notfalls allein mit der DDR - bis Ende des Jahres angekündigt hatte: "Die Zeit, da man die Lage in Deutschland unverändert lassen dürfte, ist bereits vorbei". Und das Jahr verging, das nächste kam - ohne daß etwas geschah, wußten die Bundesdeutschen Machthaber: Große Klappe, nichts dahinter.

Frech und zynisch führten sie in den folgenden Jahren unter Mißachtung der Souveränitätsrechte der DDR, entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, ihre Bundestagssitzungen und sonstigen Regierungshandlungen in Westberlin durch und nahmen grinsend in Kauf, wenn sowjetische Düsenjäger mal eine Schallmauerknallerei über der Kongreßhalle veranstalteten. Wußten sie doch, daß die Sowjetrevisionisten wenigstens

dem Schein nach der Bevölkerung der DDR suggerieren mußten, man täte etwas zur Wahrung ihrer Rechte.

Auf gleicher Ebene liegt auch, wenn kürzlich die Regierung der DDR eine Verordnung erließ, die NPD-Mitgliedern die Durchreise durch die DDR verbietet. Was soll der Quatsch? Ist es denn die NPD, von der die Gefahr für den Frieden ausgeht? Oder ist es der westdeutsche Imperialismus und sein vollziehendes Organ, die Bundesregierung. Will man uns den Belzebub an die Wand malen, damit wir darüber den Teufel vergessen?

Nein, diese ganzen Dinge dienen dazu, den hinter den Kulissen vor sich gehenden Flirt der Breschnew-Kossygin-Clique mit den Bonner Machthabern zu verdecken. Dieser Flirt, der eingebettet ist in die Verschwörung der sowjetischen Revisionisten mit dem USA-Imperialismus zwecks Aufteilung der Welt in Einflußsphären und Einkreisung der Volksrepublik China.

Deshalb die verstärkte Propagierung eines sogenannten "europäischen Sicherheitssystems", sogenannter "friedlicher Koexistenz" und "herzlicher Beziehungen" zu den westdeutschen Imperialisten. Man braucht "Ruhe" in Europa, damit die USA ihre Truppen nach Vietnam und die Sowjetrevisionisten ihre Einheiten an die chinesische Grenze verlegen können. Deshalb die Anweisung an die Kommunistischen Parteien Westeuropas: Nicht Revolution, sondern Evolution, "friedliches Hineinwachsen". Deshalb "Gewaltverzicht" oder Abschluß von sogenannten "Nichtangriffspakten".

Nichtangriffspakte mit dem deutschen Imperialismus? Was von solchen Pakten zu halten ist, hat die Sowjetunion 1941 am eigenen Leibe schmerzlich erfahren müssen. Sie sind keinen Pfifferling wert und werden den westdeutschen Imperialismus nicht davon abhalten, sein aggressives Ziel: Eroberung der DDR und Rückgewinnung der verlorengegangenen Ostgebiete aufzustecken. Daß er augenblicklich auf den weichen Kurs der "neuen Ostpolitik" geschaltet hat, hat zweierlei Gründe:

1) folgt er damit den Anweisungen der USA-Imperialisten, die zur Zeit wegen des Krieges in Vietnam keine Spannung in Europa gebrauchen können.

2) verspricht er sich davon die Isolierung der DDR von ihren Nachbarn - wie man sieht, nicht ohne Erfolg -, um sie eines Tages in einem Blitzkrieg à la Israel, in einer Polizeiaktion, deklariert als innerdeutsche Angelegenheit, einkassieren zu können.

Deshalb das Beharren auf dem Alleinvertretungsanspruch. Die von Chruschtschow begonnene Verzichtspolitik (auf Abschluß eines Friedensvertrages, auf den Status Westberlins als eines Teiles der DDR) setzen die Breschnews, Kossygins & Co. fröhlich fort. Diese Politik der Beschwichtigung des westdeutschen Imperialismus ist aber nur dazu angetan, seinen aggressiven Appetit zu vergrößern und führt dazu, ihm früher oder später die DDR in den Rachen zu werfen.

Den Frieden gewinnt man aber nicht, indem man den Imperialismus zu beschwichtigen sucht, sondern indem man ihn und seine revisionistischen Handlanger durch den revolutionären Kampf der Völker vernichtet.

Sie haben Angst, gewaltige Angst

Bürger der DDR dürfen die chinesische Botschaft in Ostberlin künftig nur noch mit besonderer Genehmigung des DDR-Aussenministeriums besuchen. Vor dem Eingang der Botschaft führt die Volkspolizei Ausweiskontrollen durch. Durch diese Massnahme soll verhindert werden, daß sich Bürger der DDR aus erster Hand über die Vorgänge in China informieren. Besucher aus Westdeutschland können - wie es heißt - die chinesische Botschaft auch in Zukunft ohne Weiteres besuchen.

Deutschsprachiges Programm von RADIO TIRANA

Empfangszeiten und Wellenlängen:

Uhrzeit	Mittelwelle	Kurzwelle
6.00- 6.30	215 m	41 m, 50 m
14.30-15.00	-	41 m, 50 m
16.00-16.30	-	41 m, 50 m
18.00-18.30	-	41 m, 50 m
19.00-19.30	-	41 m, 50 m
21.30-22.00	215 m	- 50 m
23.00-23.30	-	41 m, 49 m

RADIO PEKING in deutscher Sprache

MEZ	Meterband			
19.00-20.00	42,8	42,4	25,7	24,8
21.00-22.00	43,9	42,8	24,9	

+ + +

Für kleinere Radiogeräte und in ungünstigen Lagen empfiehlt sich der Empfang der Mittelwelle um 21.30 Uhr.

+ + +